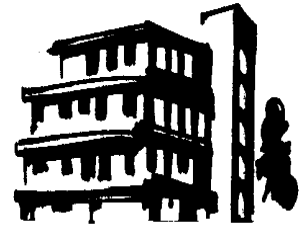


Unser Weg



37. Jahrgang

Nr. 332 - Februar 2011

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

Kommunalwahlprogramm 2011 der DKP Reinheim

Erreichtes erhalten – die Zukunft gestalten

Vorbemerkung:

Die DKP ist seit 1972 ohne Unterbrechung im Reinheimer Parlament. Für manche sind wir ein „rotes“ Tuch – für andere sind wir die Ansprechpartner, auf die man sich verlassen kann. Eine Wahllosung war einst:

Auf Kommunisten ist Verlass.

Diese verlässliche Kraft wollen wir auch weiterhin sein. Nah bei den Menschen unserer Stadt. Reinheim wäre ohne uns eine andere Stadt. Oft wurden unsere Initiativen nicht sofort umgesetzt. Doch wir haben einen langen Atem. Und wenn dann ein von uns jahrelang gefordertes Projekt endlich Wirklichkeit geworden ist, dann freuen wir uns. Auch wenn es sich dann manchmal andere auf ihre Fahnen schreiben.

Deswegen stellen wir im Anhang an unser Programm „Erreichtes“ (eine Auswahl) dar.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind dafür bekannt, dass wir gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen. So haben wir im Jahr 1988 gefordert: „Umgehungsstraße 90 statt Jäger 90“. Wir haben über 800 Unterschriften gesammelt und

an den Petitionsausschuss des Bundestags weitergereicht. Wenn heute nach über 20 Jahren die Fertigstellung der Umgehungsstraße wegen „Geldmangel“ wieder um ein weiteres Jahr nach hinten geschoben wird, dann muss man heute wie damals die finanzpolitischen Zusammenhänge sehen. Wir hatten in dieser Zeit, bezogen auf die Bundespolitik und die Landespolitik, Koalitionen von CDU/FDP und von SPD/Bündnis 90/Die Grünen. Immer sind gerade „die anderen“ schuld. Aktuell haben wir es mit den Auswirkungen einer Finanzkrise zu tun. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger – und nicht die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft.

Deshalb:

1. Eine isolierte Betrachtung, lediglich der örtlichen Ebene, führt in die Irre. Wir müssen Zusammenhänge sehen. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch: Zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik besteht ein Zusammenhang. Ergänzt wird das noch durch die EU. Die Zusammenhänge werden nicht nur deutlich in Rechtsfragen. Gerade bei den Finanzen zeigt sich: Die

Politik „unten“ soll ausbaden, was die Politik „oben“ angerichtet hat. Die DKP sagt: Hier muss Widerstand angesagt sein.

2. Programme weisen immer in die Zukunft. Heute leben etwa 17.000 Menschen in Reinheim. Nach vorliegenden Prognosen ist bis zum Jahr 2020 mit einem Rückgang auf 15.600 zu rechnen. Bis 2050 wird gar mit einem Rückgang auf 12.100 Einwohner gerechnet. Allein das hat vielfältige Auswirkungen auf Steuern und Finanzen, auf öffentliche Einrichtungen, auf Wohnungen und Arbeitsplätze, auf die Ausweisungen von Bau- und Gewerbegebieten, auf Betreuungsplätze für Kinder einerseits, aber auch auf Betreuungs- und Pflege-Angebote für ältere Menschen.

3. Die DKP will ihren Beitrag leisten, um

- Erreichtes zu erhalten und die
- Zukunft zu gestalten.

Dabei ist unser Prinzip:

- **Wir sagen, was wir tun.**
- **Wir tun, was wir sagen.**

Wir verabscheuen es, vor der Wahl etwas zu versprechen und nach der Wahl die Versprechen zu brechen.

Kommunen anders finanzieren

Finanz- und Wirtschaftskrise haben vieles in unserem Land verändert. Milliarden schwere Banken-Rettungs-Schirme wurden aufgespannt. Allorts wurden Konjunktur-Programme aufgelegt. Auch Reinheim hatte daran Anteil. Der Bau der neuen Sporthalle ist ein Beispiel. Es wurden Gelder zur Verfügung gestellt, die eigentlich nicht zur Verfügung standen. Das Gute dabei ist, dass dadurch Schulen renoviert und viele öffentliche Einrichtungen energetisch saniert wurden.

Jetzt hat die öffentliche Hand eine Finanzierungskrise. War vor der Krise schon kein Geld da, ist es nun noch schlimmer. Doch die Groß-Banken und Groß-Konzerne fahren mittlerweile wieder kräftige Profite ein. Die Zockerei im Finanzgeschäft läuft wieder. Mancher beklagt, dass die „Gier“ einzelner daran schuld ist.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen: Nicht die „Gier“ einzelner, sondern der Kapitalismus ist die Ursache.

Deshalb: Wir stellen den Kapitalismus in Frage.

Die DKP weiß aber auch, dass durch diese Feststellung noch kein Geld in den Kassen der Kommunen ist. Unser Verständnis von verantwortungsvoller Kommunalpolitik ist es nicht, dass man „unten“ auslöffeln muss, was „oben“ eingebrockt wurde.

Deshalb muss in den Kommunalparlamenten darum gekämpft werden, dass genügend Geld für die Erfüllung der Aufgaben da ist. Schließlich zahlen die Bürgerinnen und Bürger ihre Steuern und haben ein Recht darauf, dass die Versorgung gewährleistet wird.

Dafür steht die DKP:

- Gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger – die Verursacher sollen zahlen
- Gegen weitere Erhöhungen von Gebühren und der Grundsteuer B
- Gegen die Einführung einer Straßenbeitrags-Satzung zur Finanzierung des gemeindlichen Straßenbaus (auch wenn Kommunalaufsicht oder Verwaltungs-Gerichte solches fordern)
- Für eine wirkliche Steuer-Reform, welche die Mittel bei den Konzern-Profiten und den Groß-Verdienern beschafft
- Für die Beendigung der Bundeswehr-Auslandseinsätze („Verteidigung am Hindukusch“ u. a.) und schrittweise Abrüstung (bei Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion)
- Für solide Finanz-Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf gemeindefreundlicher Grundlage

Öffentliches Eigentum erhalten

Viele sehen in der Privatisierung öffentlichen Eigentums ein Allheilmittel. Das war noch nie unsere Position. Deshalb haben wir vor Jahren erfolgreich gemeinsam mit anderen den geplanten Verkauf des Reinheimer Wassers an die „Südhessische Gas- und Wasser AG“ verhindert. Privatisierung macht entweder die Leistungen für die Bevölkerung schlechter oder teurer. Und für die Beschäftigten werden Arbeitsbedingungen und Entlohnung schlechter. Meist kommt alles zusammen.

Die DKP widersteht:

- Jeglicher offenen oder verdeckten Privatisierung
 - Allen anderen Formen wie „Öffentlich Private Partnerschaft“ oder wie auch immer die Modelle heißen mögen
- Privatisierung ist Enteignung öffentlichen Eigentums. Dem setzen wir unseren Widerstand entgegen.

Mittlerweile wird auch Unterstützung gegen die Armut privatisiert. Es ist ein Armuts-Zeugnis für ein reiches Land, dass Einrichtungen wie die „Tafel“ Bedürftige mit Lebensmitteln versorgen müssen. Immer mehr Vereine und Stiftungen bemühen sich um Linderung der Not.

In Reinheim ist für Kinder in Not ein Verein (Kindersozialfonds)

die „Lösung“. Eine Anschubfinanzierung hat die Stadt geleistet. Weitere Mittel kommen aus Spenden. Doch die Finanzlage solcher Vereine ist immer abhängig von Sponsoren. Und es gibt Einzelfallprüfungen, statt garantierter Rechte.

Die DKP meint: Jedes Kind hat das Recht auf eine Chance! Staatliche Unterstützung für arme Kinder muss garantiertes Recht sein.

Gut gemeinte Wohltätigkeit ist niemals so gut wie ein Rechtsanspruch.

Soziales erhalten und ausbauen

Seit Jahren erleben wir auf allen Ebenen einen Sozialabbau auf breiter Front. Dabei waren die bundespolitische „Agenda 2010“ beschlossen von SPD/Bündnis 90/Die Grünen (mit den HARTZ-Gesetzen) und der seinerzeitige „Koch'sche Kahlschlag“ in Hes-

sen zwei Seiten einer Medaille. Verdeutlicht wurde: „Hartz-IV“ ist Armut per Gesetz!

Unsere kommunalen Bemühungen auf Linderung der Not dieses Personenkreises (z. B. Weihnachtsbeihilfe) sind regelmäßig an der SPD-GRÜNEN-Mehrheit in Reinheim gescheitert. So entbehrt es ein wenig der Glaubwürdigkeit, wenn heute aus diesem Lager die unzureichende Erhöhung (5,- €) angeprangert wird, ohne die eigene Verantwortung selbstkritisch zu benennen.

Die DKP steht:

- Gegen Lohndrückerei und Stellenabbau durch die 1-€-Jobs
- Für flächendeckenden Mindestlohn
- Für die Beibehaltung erreichter sozialer Standards und sachgerechten weiteren Ausbau
- Für ein „Barrierefreies Reinheim“ als politische Daueraufgabe
- Für ein öffentliches WC in der Kernstadt
- Für weitere Verbesserung der Bücherei-Öffnungszeiten
- Für verstärkte Angebote der offenen Jugendarbeit
- Für wohnortnahe qualifizierte Beratung von Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern
- Für besondere Beitrags-Förderung von Sport-Vereinen für Hartz-IV-Kinder und Kinder mit Migrations-Hintergrund
- Für soziale Gebühren-Gestaltung: Gebühren in Kindergar-

ten und Hort einfrieren und schrittweise hin zum Nulltarif entwickeln

- Für eine breit angelegte frauenspezifische Interessensvertretung
- Für ein kostenfreies Mittagessen in allen Kinder-Einrichtungen
- Für menschenwürdige Wohnverhältnisse in den städtischen Wohnungen
- Für die Schaffung bedarfsgerechter Not-Unterkünfte für Wohnungslose
- Für kostenlose Windelsäcke für Kleinkinder und inkontinente Menschen
- Für Weihnachtsbeihilfe von Hartz-Empfängern
- Für den Erhalt der ärztlichen Versorgung (Augenarzt) – auch für Kassenpatienten
- Für den Erhalt der kulturellen Einrichtungen der Stadt

Demokratie ausbauen statt abbauen

„Demokratie“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Volksherrschaft“. Das heißt für die DKP schon immer mehr, als nur bei Wahlen ein Kreuzchen zu machen und ansonsten für die nächsten Jahre die „Stimme abgeben“.

Die Wichtigkeit von Formen direkter Demokratie wird an verschiedenen Stellen in jüngster Zeit deutlich: Stuttgart 21, Verlängerung der AKW-Laufzeiten, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rente mit 67, Gesundheitspolitik, Vorratsdatenspeicherung,

**Wir freuen uns über
ihre
Wahlkampfspende.**

UNSER-WEG-Konto:
Sparkasse Dieburg,
BLZ 50852651,
Nr. 78 103 819 (DKP Reinheim)



ELENA, Weiterbau der Umgehungsstraße, Finanzausstattung der Kommunen – um nur einige Beispiele zu benennen.

Die DKP tritt ein:

- Für mehr direkte Demokratie durch Senkung der Hürden für Bürger-Begehren in der Hessischen Gemeinde-Ordnung
- Für regelmäßige Bürgerversammlungen – auch auf der Ebene der früher selbständigen Gemeinden
- Für Bürger-Nähe der Verwaltung: Verpflichtung, innerhalb von 14 Tagen auf Eingaben aus der Bevölkerung zu antworten bzw. zumindest Zwischenbescheide abzugeben
- Integration der Menschen mit Migrations-Hintergrund als ständige Aufgabe.
- Breite Unterstützung der Vereine, die mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit viel für Reinheimer Bürgerinnen und Bürger sowie Kinder und Jugendliche leisten. Als Anstoß-Geber für die neue Jugendförderung werden wir weiter für breite Unterstützung eintreten.

Umwelt erhalten – verbessert gestalten

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengekommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (= gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“
(Karl Marx, Das Kapital, Band 3, S. 784)

Diese Position ist für unser Handeln Richtschnur. Wichtig bleibt dabei die Erkenntnis: Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor nachträglicher Beseitigung.

Auf kommunaler Ebene ist insbesondere der Verkehr eine Belastung für die Umwelt. Für Reinheim ist die Fertigstellung der Umgehungsstraße wichtige Maßnahme. Die hohen Feinstaubwerte stellen eine Gesundheitsbelastung für alle dar.

Darauf besteht die DKP:

- Güter gehören hauptsächlich auf die Schiene
- LKW-Durchgangsverkehr gehört raus aus den Wohnstraßen
- B 426 ist für LKW-Durchgangsverkehr zu sperren.
- Nach dem Bau der Umgehungsstraßen neues Konzept in Angriff nehmen
- Fahrrad-Verkehr (Arbeit, Einkauf, Freizeit) ist vielfältig zu fördern; Radwege-Beschilderung ist gut – Radwege-Ausbau ist besser
- Auf Gremien einwirken, damit die Preise für den öffentlichen Nahverkehr (Bus und Bahn) nicht dauernd angehoben werden.

Aus der Geschichte lernen

In Reinheim und Umgebung gab es ein vielfältiges jüdisches Leben. Es gab Verfolgung aus rassistischen und aus politischen Gründen. Und es gab Widerstand.



Arno Grieger



Walter Eckert



Renate Grieger



Friedrich Kammer



Marikka Tesar



Helga Reisberg



Rahel Gesser



Manfred Büdinger

Verfolgung und Widerstand in seiner ganzen Breite sind weiter darzustellen und für kommende Generationen zu nutzen.

In einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird deutlich, „welch erschreckend hohe Zustimmung rechtsextreme, fremdenfeindliche, antisemitische und menschenfeindliche Aussagen 60 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus in Deutschland erfahren.“ (aus: Vorwort der Studie)

Die demokratischen Kräfte werden umso erfolgreicher sein, je einheitlicher sie handeln. So sind unsere Vorschläge als Anregung zu werten.

Die DKP regt an:

- Das Goldmann-Stipendium hat weiter einen hohen Stellenwert.
- Stadtrundgänge zu den Stätten von Verfolgung und Widerstand könnten einen weiteren Beitrag leisten
- Verlegung von „Stolpersteinen“ als symbolische Akte an Wohngebäuden von Verfolgten oder Stätten der Verfolgung (Als „Stolpersteine“ bezeichnet man kleine Metallplatten im Bürgersteig vor Wohnhäusern von Verfolgten.)
- Widerstand gegen jegliche neofaschistische Tendenzen

Den Generationen gerecht werden

In den nächsten Jahren stehen

wir vor völlig neuen Herausforderungen: Weniger Geburten einerseits und eine insgesamt älter werdende Gesellschaft andererseits.

Auf neue Fragen können vielfach nicht die „alten Antworten“ gegeben werden.

Dabei müssen wir auch immer das Augenmerk darauf haben, dass nicht zunehmende Verehrenamtlichung um sich greift. Staat und Stadt tragen Verantwortung für die Zukunft.

Die DKP gibt zu überlegen:

- Welcher Kinderspielplatz sollte zur Familien-Freizeit-Stätte umgebaut werden?
- Welche städtischen Einrichtungen sollten künftig als Begegnungsstätten fungieren?
- Wie ist auf Dauer das Nah-Versorgungs-Angebot in allen Stadtteilen zu sichern? Wo kann oder muss eventuell der Genossenschafts-Gedanke ins Spiel gebracht werden?
- Welche Möglichkeiten müssen für die Mobilität einer älter werdenden Gesellschaft geschaffen werden?
- Welche neuen gemeinschaftlichen Wohn-Formen verschiedener Generationen können entstehen?

Das sind nur einige Fragen, vor denen die Kommunalpolitik in Zukunft stehen könnte. Wir wollen uns bemühen, darauf gute Antworten zu geben.

Über den kommunalen Teller-Rand hinaus schauen

In den Vorbemerkungen haben wir auf Zusammenhänge hingewiesen. Abschließend zitieren wir Albert Einstein:

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Auf-

bau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, die die Krieg führenden Nationen im Krieg verbrauchen, (...) wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern. (...) Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdok-

trinen und -traditionen zu machen.“

Ganz in diesem Sinne rufen wir auf

- die Programm-Aussagen der DKP zu prüfen und
- den Kandidatinnen und Kandidaten der DKP die Stimme zu geben.

Kandidatinnen und Kandidaten der DKP zur Wahl für die Stadtverordnetenversammlung am 27. März 2011

1. Arno Grieger
2. Walter Eckert
3. Renate Grieger
4. Friedrich Kammer
5. Marikka Tesar
6. Helga Reisberg
7. Rahel Gesser
8. Manfred Büdinger
9. Timo Wörtge
10. Margarete Bauer
11. Jürgen Kalb
12. Alice Samstag-Gesser
13. Dieter Zink
14. Günter Wörtge
15. Peter Lang
16. Gerhardt Poth
17. Peter Zink
18. Fritz Wörtge
19. Mario Lippert
20. Dietmar Bauer
21. Horst Büdinger

**Für den
Ortsbeirat UEBERAU
kandidieren:**

1. Manfred Büdinger
2. Walter Eckert
3. Alice Samstag-Gesser
4. Marc Hoppe
5. Günter Wörtge

**Für den
Ortsbeirat REINHEIM
kandidieren:**

1. Marikka Tesar
2. Helga Reisberg
3. Friedrich Kammer

**Zur Kreistagswahl kandidieren diese
DKP-Mitglieder auf der
Liste der Partei „DIE LINKE“:**

Werner Bischoff (Platz 2)

Arno Grieger (Platz 4)

Helga Reisberg (Platz 6)

Walter Eckert (Platz 8)

Renate Grieger (Platz 10)

Erreichtes

Viel wird über Erreichtes geredet. In Wahl-Zeiten wird noch mehr darüber geschrieben. Da wollen wir mal einige Zusammenhänge nennen.

Warum hat Reinheim ein Jugendzentrum?

Viele einzelne Jugendliche, Jugendorganisationen und der Stadtjugendring haben ideenreich dafür gekämpft. Disco-Veranstaltungen wurden in verschiedenen Räumen organisiert.

Deutlich vertreten wurde die Position: Reinheim braucht ein Jugendzentrum. Die DKP hat die „parlamentarische Begleit-Musik“ dazu geliefert. Reinheims Jugend erreichte und erhielt ein Jugendzentrum. Verstärkte Angebote der „offenen Jugendarbeit“ im bestehenden Jugendzentrum – darum könnte es jetzt gehen.

Warum haben wir eine eigenständige Wasserversorgung?

Aus der SPD-Mehrheit heraus, vom Magistrat mit dem Bürgermeister Wörz an der Spitze war 1975 „Verkauf“ auf die Tagesordnung gesetzt. Die Südhessische Gas- und Wasser-AG hätte den Zuschlag erhalten sollen. Dagegen wurde mobil gemacht – innerhalb und außerhalb parlamentarischer Gremien. Der Ortsbeirat Ueberau lehnte beispielsweise mit 3 : 2 einen Verkauf ab. „Das letzte Reinheimer Wasser“ wurde in Reagenz-Gläsern an die verblüfften Stadtverordneten verteilt.

So wurde organisiert, dass der Widerstand in die eigenen Reihen griff. Der Magistrat zog seine Vorlage zurück. Die DKP war treibende Kraft beim Erhalt der

eigenständigen Reinheimer Wasserversorgung.

Warum haben wir keine Straßenbeitragsatzung?

In der Groß-Bieberauer Straße in Ueberau wurden die Anlieger seinerzeit kräftig zur Kasse „gebeten“, als die Straße ausgebaut wurde. Es gab massive Anlieger-Proteste und Klagen. Es gab Parlaments-Entscheidungen und eine Klage der Stadtverordneten-Versammlung gegen den Magistrat. Die DKP war nachweislich sehr rührig beteiligt. Im Gefolge dieser Auseinandersetzung wurde die Straßenbeitragsatzung gestrichen.

Wer sich das heute als Erfolg auf die Fahnen schreiben will, soll mal Gewissenserforschung be-

treiben und sich fragen, auf welcher Seite seine Partei damals gestanden hat.

Und wo wird man stehen, wenn nach der Kommunalwahl eine Neu-Auflage einer Straßenbeitragssatzung droht?

Und wie war das mit der Ganztags-Betreuung im Kindergarten oder dem Kinderhort?

Es war die DKP hier in Verbindung mit Eltern aktiv. Da musste gegen harte Widerstände angekämpft werden. Und die Widerstände waren im Rathaus „ganz oben“ ansässig. Im Kampf gegen den Kinderhort formulierte einmal ein Sozialdemokrat im Parlament seine Ablehnung ganz heftig:

„Wir wollen keine DDR-Verhältnisse!“ Reinheim war die erste Gemeinde im Landkreis, die einen Kinderhort errichtete. Heute sind Kinderhort und schulische Mittagsbetreuung unter einem Dach.

Wie steht es um die Vereins-Jugend-Förderung?

Jahrelang hat die DKP-Fraktion Initiativen gestartet – und sich Abstimmungs-Niederlagen geholt. Aber: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Schließlich war es dann soweit: Die Jugend-Förderung wurde deutlich angehoben. Und es wird nicht wieder über 20 Jahre dauern, dass die Förderungs-Sätze unverändert bleiben. Wir konnten erreichen, dass schon nach 5 Jahren eine Überprüfung stattfindet, ob die Förderungs-Höhe noch ausreichend ist.

An der Bahnlinie ist die Voll-Beschränkung ein voller Erfolg

Im Zuge der Odenwald-Bahn-Erneuerung musste auch die Beschränkung erneuert werden. Bahn und Stadtverwaltung – an der Spitze steht der Bürgermeister – waren sich einig: Halbschranken sollten reichen.

Das brachte Eltern „auf die Barrikaden“. Schließlich müssen hier Schulkinder von der Gersprenzschule und der Schumacher-Schule ihren Schulweg nehmen. Die DKP-Fraktion hat von sich aus einen Vor-Ort-Termin mit Bahn-Vertretern durchgeführt. Und die DKP-Fraktion hat einen Parlaments-Antrag auf Vollbeschränkung eingebracht. Mit entsprechender Ergänzung fand dieser DKP-Antrag auf Vollbeschränkung eine breite parlamentarische Mehrheit.

Gemeinsam gegen AKW

Eine Resolution gegen das AKW Biblis hatte die DKP-Fraktion eingebracht. Mit breiter Mehrheit wurden Land und Bund zur Still-Legung der Blöcke A und B aufgefordert. Abgelehnt wurde die Laufzeit-Verlängerung. Es wurde aufgefordert, eine wirkliche energiepolitische Wende einzuleiten. Es ist gut, dass auch solche Zukunfts-Fragen in der Stadtverordneten-Versammlung behandelt werden.

Fredrik Vahle mit Gruppe in Reinheim „Zum Kühlen Grund“

Konzert für Erwachsene

**„Singen,
das geht so“**

**Samstag, 12. 3. 2011,
20.00 Uhr**

**VVK: Bücherstube,
Kirchstr. 34
Tel. 8 26 03**

Sitzkissenkonzert

**Kinderlieder
und Geschichten**

**Sonntag, 13. 3. 2011,
11.00 Uhr**